



Die Große Koalition will Familien, die ein Haus bauen oder eine Wohnung kaufen, finanziell unterstützen. Sie sollen pro Kind 12 000 Euro erhalten. Bislang galt das uneingeschränkt für alle Immobilien. Nun dürfen sie nicht größer als 120 Quadratmeter sein, damit es das Baukindergeld gibt. Foto: Armin Weigel, dpa

Obergrenze für das Baukindergeld

Debatte Nach einer neuen Regelung sollen nur noch Immobilien gefördert werden, die höchstens 120 Quadratmeter groß sind. Das ärgert die Unionsfraktion – aber Seehofer hat zugestimmt

Berlin Es ist keine drei Tage her, da waren sich Karlotta Ehrenberg, 39, und ihr Freund, 40, noch sicher. Das Paar hat eine 127-Quadratmeter-Wohnung in Berlin gekauft – für sich und die beiden gemeinsamen Kinder. Am Freitag, als sie den Kaufvertrag für die Wohnung unterschrieben hatten, hätten sie noch eine Förderung von 24 000 Euro bekommen. Nach der aktuellen Lage gehen sie leer aus. Denn wegen befürchteter Mehrkosten in Milliardenhöhe soll das neue Baukindergeld mit schärferen Auflagen versehen werden. Eine vierköpfige Familie soll nur noch dann Anspruch auf einen Zuschuss von 12 000 Euro pro Kind haben, wenn die Wohnfläche beim Hausbau oder Immobilienkauf 120 Quadratmeter nicht übersteigt. Das geht aus einer Vorlage von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) für den Haushaltsausschuss des Bundestags hervor. Pro weiterem Kind soll die Fördergrenze um zehn Quadratmeter wachsen. Die Wohnung von Ehrenbergs Familie wäre demnach sieben Quadratmeter zu groß, um gefördert zu werden. Ehrenberg sagt: „Das ist doch verückt. Wir haben uns sehr schwer mit der Entscheidung getan, weil wir uns mit dem Kauf hoch verschulden.“

Vor allem die Unionsfraktion im Bundestag kritisiert die neue Quadratmeter-Obergrenze scharf. Allerdings hat Innen- und Bauminister Horst Seehofer (CSU) dem Kom-

miss zugestimmt. Am Mittwoch berät der Haushaltsausschuss des Bundestags noch einmal, dann dürfte vonseiten der Unionsabgeordneten versucht werden, die Obergrenze anzuheben, etwa auf 140 Quadratmeter.

Der Fall der Ehrenbergs zeigt,

Kommentar

Der Plan ist nicht durchdacht

VON BERNHARD JUNGINGER

bj@augsbu-ger-allgemeine.de

Das Baukindergeld beruht auf einer feinen Idee: Der Staat fördert Familien beim Bau oder Kauf der eigenen vier Wände. Gerade in Deutschland, das im europäischen Vergleich eine niedrige Wohneigentumsquote hat, erscheint das sinnvoll. Doch der Ansatz hat Tücken. So ist die Förderung hauptsächlich ein Zuckerl für jene, die sich sowieso Wohneigentum leisten können. Für das Gros der Durchschnittsverdiener bleibt der Immobilienkauf auch mit der staatlichen Förderung ein Traum.

In Regionen mit überhitztem Immobilienmarkt droht das Geld nur zu versickern. Dass die Regierung angesichts der Gefahr, dass die eingepflanzten zwei Milliarden Euro nicht ausreichen, nun eine Flä-

chenobergrenze einführen will, macht die Sache komplizierter. Klar, staatliche Zuschüsse für Luxushäuser darf es nicht geben. Doch die Beschränkung bedeutet: Viele Familien, die auf dem Land bauen oder kaufen, wo zwar die Immobilienpreise, aber auch die Löhne niedriger sind, könnten leer ausgehen. Ein gebrauchtes Haus, das zwar wenig kostet, aber wie im ländlichen Raum üblich mehr als 120 Quadratmeter Wohnfläche hat, wäre nicht förderfähig. Für einen luxuriös ausgestatteten, kleineren Neubau in städtischer Toplage gäbe es dagegen Baukindergeld. Richtig durchdacht ist das nicht. Bewohner strukturschwacher Gegenden hätten das Nachsehen. So droht aus einer feinen Idee ein bürokratisches Ungetüm zu werden, das die Wohnungsnot nicht lindert, aber Ungerechtigkeiten bringt.

größer als 120 Quadratmeter ist, würden nun leer ausgehen. Das Baukindergeld ist ein Lieblingsprojekt der CSU. Bis 2021 sind dafür im Koalitionsvertrag zwei Milliarden Euro veranschlagt, zuletzt wurde aber von bis zu vier Milliarden Euro Kosten ausgegangen. Bekommen sollen es Familien, deren zu versteuerndes Haushaltseinkommen nicht höher als 75 000 Euro im Jahr liegt plus 15 000 Euro Freigrenze pro Kind, also 90 000 Euro bei einem und 105 000 Euro bei zwei Kindern. Berechtigte Familien bekommen für den Kauf einer Wohnung oder den Bau eines Hauses 1200 Euro pro Kind und Jahr – über einen Zeitraum von zehn Jahren – also 12 000 Euro bei einem und 24 000 Euro bei zwei Kindern. Die Kinder müssen unter 18 sein und zu Hause wohnen.

Die SPD sieht das Baukindergeld kritisch, da alle Steuerzahler dafür aufkommen, es aber nur Familien hilft, die sich ein Eigenheim am Ende auch leisten können. Die Baukindergeldsumme kann wie ein Bausparvertrag als Sicherheit beim Immobilienerwerb eingebracht werden. Und soll zudem mit dem Erwerb von Eigentum als zusätzliche Sicherheit für die Rente und den Lebensabend helfen. Der Steuerzahlerbund hält das für fragwürdig und betont, sinnvoller und für die Steuerzahler gerechter wäre es, wenn die Länder die Grunderwerbsteuer senkten. Georg Ismar, dpa